

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 13

vom 4. April 2014
Redaktion: Katja Richardt

Soziales und Familie

Kick-Off für den Kita-TÜV 3

Gsundheit

Bewegt – beschwingt - bestärkt
Senatorin Prüfer-Storcks ist Schirmherrin der Gesundheitssportwochen 5

Inneres

Verkehrsbilanz 2013: Zahl der Verunglückten sinkt auf zweitniedrigsten Stand seit 1953 6

Wahlen

Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014 Kandidatinnen und Kandidaten stehen fest 11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Richtfest an der Berufsbildenden Schule Budapester Straße 12

Anlage - Richtfest an der Berufsbildenden Schule Budapester Straße 15

Schulbehörde bittet Schulkonferenzen aller Gymnasien um ein Meinungsbild zu G9 17

Umwelt

Elbfisch-Falle wird beseitigt 19

Budni-Baum in Wandsbek 20

Wilhelmsburger Resolution zum EEG 22

Wissenschaft und Forschung

Amtseinführung der neuen HAW-Präsidentin Prof. Dr. Jacqueline Otten 25

Justiz

Justizvollzug Hamburg 27

Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht eröffnen den elektronischen Rechtsverkehr 28

Kultur

Hamburger Kulturbehörde fördert zehn Projekte an Privattheatern mit 224.000 Euro 29

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Erstes Baugemeinschaftsquartier im Hamburger Süden 30

Wirtschaft und Hafen

Drittes Kreuzfahrtterminal: Hamburg macht sich fit für die Zukunft 32

Zur Information

Terminkalender 34

3. April 2014/basfi03

Kick-Off für den Kita-TÜV

Unabhängige Überprüfung der Qualität aller Hamburger Kitas

Am heutigen Donnerstag treffen sich Kita-Träger und -Verbände, der Landeselternausschuss (LEA) sowie die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) zum Auftakt für das Projekt Kita-TÜV. Auf Basis der im vergangenen Jahr gemeinsam vereinbarten Eckpunkte für die Durchführung des künftigen Verfahrens zur Qualitätssicherung und -entwicklung in Kitas soll nun miteinander erarbeitet werden, wie das System der Evaluation der Kitas zukünftig ausgestaltet sein soll.

Das Treffen ist zugleich der Startschuss für die Arbeit der Akkreditierungsstelle, die rechtlich und organisatorisch unabhängig von der BASFI sowie den Kita-Trägern und -verbänden ist und bereits im März beauftragt wurde, gemeinsam mit allen im Kita-Bereich Verantwortlichen das Feinkonzept für das System der externen Evaluation zu erarbeiten. In einem europaweiten Ausschreibungsverfahren wurde die Firma Rambøll Management Consulting GmbH ausgewählt. Die Akkreditierungsstelle wird Evaluationsverfahren und Anbieter nach anerkannten Standards prüfen und zertifizieren.

Senator Detlef Scheele betont: „Nach dem erfolgreichen Krippenausbau nehmen wir nun die Qualität der Kitas in den Fokus unserer Arbeit. Einerseits ist die externe Evaluation für die fachlich fundierte Einschätzung der bereits von den Kitas erreichten Qualität von Bedeutung. Noch wichtiger ist jedoch das Erkennen von Entwicklungsbedarfen und -möglichkeiten. Mit konkreten Empfehlungen sollen die Evaluatoren die Kita-Träger und -Leitungen darüber informieren, in welchen Bereichen und wie sie die Qualität noch weiter verbessern können. Neben den individuellen Potenzialen für die einzelne Kita verspreche ich mir wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung des Systems der Kindertagesbetreuung in Hamburg.“

Mit der Kick-Off-Veranstaltung wird der Anstoß für die inhaltliche Ausgestaltung der externen Evaluation gegeben. Nach der Entwicklung von Anforderungen, die an die Verfahren der externen Evaluation gestellt werden, sollen bereits im Herbst 2014 erste Evaluatoren akkreditiert werden. Von diesen sollen ab Ende 2014 bis Ende 2018 alle Kitas, die am Hamburger Kita-Gutscheinsystem teilnehmen, extern evaluiert werden.

Geplant ist eine landesweite Berichterstattung zur Kita-Qualität in der Stadt. Die „Eckpunkte für die Durchführung der externen Evaluation der Qualität in Hamburger Kindertageseinrichtungen“ finden sich auf

<http://www.hamburg.de/fachinformationen/4010842/eckpunktepapier-kita-qualitaet.html>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Marcel Schweitzer | Pressesprecher

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg

Tel.: +49 40 42863 2889 | M +49 160 88 12 567

marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi | [@hh_basfi](https://www.instagram.com/hh_basfi)

4. April 2014/bgv04

Bewegt – beschwingt - bestärkt

Senatorin Prüfer-Storcks ist Schirmherrin der Gesundheitssportwochen

Unter dem Motto *bewegt - beschwingt - bestärkt* können Hamburgerinnen und Hamburger jeden Alters vom 6. April bis zum 25. Mai unverbindlich gesundheitsorientierte Bewegungs- und Sportprogramme ausprobieren. Fast 40 Vereine und Organisationen beteiligen sich unter der Schirmherrschaft von Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks an den Gesundheitssportwochen und bieten über das gesamte Stadtgebiet verteilt unterschiedliche Aktionen an.

„Ich hoffe, dass viele Hamburgerinnen und Hamburger die Angebote der Sportvereine nutzen und so mit Spaß ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden steigern“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Mein Dank gilt schon heute allen Vereinen und den vielen Engagierten, die die Gesundheitssportwochen möglich machen.“

Den Auftakt der Gesundheitswochen bildet am 6. April ein Aktionstag. Besucherinnen und Besucher erhalten die Gelegenheit, verschiedene Bewegungsangebote unverbindlich kennenzulernen oder sich in Vorträgen oder auf Gesundheitsmessen zu informieren. Für einmalig 27 Euro können in den sieben Aktionswochen mit einem so genannten Gesundheitssportticket alle Angebote genutzt werden.

Bereits vor dem Auftakt der Gesundheitswochen wurde die Neuauflage des bundesweit einheitlichen „Rezepts für Bewegung“ der Bundesärztekammer von Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks, dem Präsidenten der Hamburger Ärztekammer, Prof. Dr. med. Frank Ulrich Montgomery, sowie dem Präsidenten des Hamburger Sportbundes, Günter Ploß, an rund 10.000 Hamburger Ärztinnen und Ärzte verschickt. Das „Rezept“ soll den Medizinern dabei helfen, ihren Patientinnen und Patienten bei Bedarf konkrete und qualitätsgeprüfte Bewegungs- und Sportangebote zu empfehlen.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Bewegung als etwas Selbstverständliches in den Alltag zu bringen, ist ein idealer Ansatz für gelebte Gesundheitsförderung. Jeder kann damit jederzeit im Rahmen der eigenen Möglichkeiten beginnen. Viele Alltagsbewegungen etwa kosten nicht mehr als nur ein wenig Überwindung: Beispielsweise mit dem Rad zur Schule oder Arbeit zu fahren oder wenn möglich Treppen statt Aufzügen zu nutzen. Regelmäßige körperliche Aktivität ist gesundheitsfördernd und wesentlicher Teil eines gesunden Lebensstils.“

Alle Aktionen und Kurse der Gesundheitssport-Kampagne sind im Internet unter <http://gesundheitsport-hamburg.de/> ersichtlich.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

1. April 2014/bis01

Verkehrsbilanz 2013: Zahl der Verunglückten sinkt auf zweitniedrigsten Stand seit 1953

Die Zahl der Verunglückten auf Hamburg Straßen ist 2013 gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken. 9.474 Menschen kamen bei Verkehrsunfällen zu Schaden und damit 451 weniger als 2012 (9.925). Dies bedeutet einen Rückgang von 4,5 Prozent, der deutlicher ausfällt als in der Bundesstatistik (- 2,7%). Besonders erfreulich ist, dass die Zahl der verunglückten Kinder um 111 von 808 auf 697 (13,7 Prozent) gesunken ist. Auch 2013 war kein Kind unter den tödlich Verunglückten.

Bei Verkehrsunfällen in Hamburg starben im vergangenen Jahr 26 Menschen, dies ist der zweitniedrigste Wert seit Beginn der polizeilichen Statistik im Jahr 1953. Relativ konstant blieb mit 64.995 die Zahl der insgesamt von der Polizei registrierten Verkehrsunfälle. Sie sank gegenüber 2012 (65.727) leicht um 1,1 Prozent. Bei der weit überwiegenden Zahl von Unfällen blieb es bei Blechschäden (88,5%), der Anteil der Personenschadensunfälle betrug 2013 nur noch 11,5% (Vorjahr: 11,8%).

„Ich freue mich über den insgesamt positiven Trend und vor allem über die Tatsache, dass die Zahl der Unfälle mit Kindern deutlich gesunken ist“, sagte **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**. „Auch die Tatsache, dass die Zahl der Verkehrstoten wesentlich unter der des Vorjahres lag, ist grundsätzlich positiv. Bei 26 Getöteten von einem Erfolg zu sprechen, wäre jedoch nicht nur pietätlos, sondern auch falsch. Wir dürfen unsere Anstrengungen bei der Verkehrssicherheitsarbeit deshalb nicht verringern, weder bei der Verkehrsüberwachung, noch bei der Unfallprävention“, so **Neumann** weiter.

Der Innensenator verwies in diesem Zusammenhang auf die aktuell laufende Verkehrssicherheitsaktion „Rücksicht auf Kinder“ und dankte allen Beteiligten für ihr Engagement, nicht nur der Polizei, sondern auch den Partnern wie der Unfallkasse Nord.

„Verkehrsunfälle sind keine Zufälle und auch keine Erscheinung, die nur bestimmte Zielgruppen betrifft. Die weit überwiegende Anzahl von schweren Unfällen ist auf ein eindeutiges Fehlverhalten der Verursacher zurückzuführen, die praktisch aus allen Altersgruppen kommen. Auch wenn junge Fahrer und mittlerweile auch Senioren überdurchschnittlich oft unter den Unfallverursachern zu finden sind, macht es keinen Sinn, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Unser Appell für mehr Rücksicht im Straßenverkehr richtet sich bewusst an alle Verkehrsteilnehmer“ so **Innensenator Neumann**.

Die Eckdaten der polizeilichen Unfallstatistik für 2013:

Mit – 1,1% gab es eine leichte Abnahme bei der Zahl aller von der Polizei **registrierten Verkehrsunfälle** (64.995 gegenüber 65.727).

Die Zahl der **Verunglückten ging** in Hamburg gegenüber dem Vorjahr um 4,5% zurück, was im Wesentlichen auf einen Rückgang bei der Zahl von Leichtverletzten zurückzuführen ist (8.642 gegenüber 9.105 im Vorjahr, dies bedeutet -5,1 %.) Hingegen stieg die Zahl der Schwerverletzten leicht um 2,4% (806 gegenüber 787).

Unter den **26 Verkehrstoten** des vergangenen Jahres befanden sich 13 Fußgänger, zwei Radfahrer und acht Motorradfahrer. Insgesamt also 23 Verkehrsteilnehmer, die zur Gruppe der „schwächeren Verkehrsteilnehmer“ zu zählen sind, die nur über eine geringere passive Sicherheit verfügen. Allerdings verursachten 13 von 26 Getöteten den Unfall selbst.

Mit dem Rückgang der Zahl der verunglückten Kinder (bis 14 Jahre) von 808 auf 697 (ein Minus von 13,7%) setzt sich der langfristig positive Trend fort, der ab 2011 zwischenzeitlich unterbrochen wurde. Seit die Polizei im Jahr 2004 ihre Verkehrssicherheitsarbeit für diese Zielgruppe intensiviert hat, ist die Zahl der Verkehrsunfälle mit Kinderbeteiligung um 21,4% zurückgegangen, die Zahl der verunglückten Kinder sogar um – 28,3%. Dies, obwohl die Zahl der Kinder in Hamburg in den vergangenen Jahren gestiegen ist und über der von 2004 liegt.

Auch bei den jungen Erwachsenen (18- bis 24-jährige) sinkt die Zahl der registrierten Unfälle stetig, wenn auch langsamer. 11.249 Unfälle wurden im Jahr 2013 registriert (Vorjahr 11.581), die Zahl der Verunglückten sank von 1.404 auf 1.300. Die jungen Erwachsenen stellten jedoch zu 59,8% den Hauptunfallverursacher bei den 11.249 Unfällen, bei denen Menschen ihrer Altersgruppe beteiligt waren.

Bei der **Altersgruppe der Senioren** (ab 65 Jahren) registrierte die Polizei bei einer nahezu gleichbleibenden Anzahl von Unfällen (11.078 gegenüber 10.953) mit + 12,7% einen deutlichen Anstieg der Zahl der Verunglückten (996 gegenüber 884). Unter den 26 Verkehrstoten befanden sich 10 Senioren. Von allen Altersgruppen stellten Senioren zu 61,2% am häufigsten den Hauptunfallverursacher.

Fast keine Veränderungen gab es 2013 bei den **Radfahrernfällen**. Die Zahl der registrierten Unfälle fiel geringfügig von 3.024 auf 3.014. Auch die Zahl der Verunglückten blieb mit 2.212 gegenüber 2.204 im Vorjahr nahezu konstant.

Bei den **Unfällen mit Fußgängern** ist der Trend leicht rückläufig. Die Zahl der Unfälle sank um 22 (-1,5%) von 1.428 auf 1.406. Die Zahl der Verunglückten ging um 69 (-6,1%) von 1.128 auf 1.059 zurück. Darunter befindet sich allerdings die hohe Zahl von 13 getöteten Fußgängern.

Bei den **Hauptunfallursachen** standen Geschwindigkeit und mangelnder Sicherheitsabstand mit 28,8 % erneut an erster Stelle, gefolgt von den großstadtypischen Ursachen „Fehler beim Einfahren, Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren“, die zusammengefasst bei 25,3% der Personenschadensunfälle als Hauptunfallursache festgestellt wurden.

Positiv war die Entwicklung bei den **Alkoholunfällen**, die von 863 Unfällen im Jahr 2012 auf 790 in 2013 zurückgingen (-8,5%). Allerdings führten 32,4% der Alkoholunfälle zu Personenschäden, bei allen Unfällen liegt diese Quote nur bei 11,5%. Auffällig: 77,1% der alkoholisierten Unfallverursacher kamen aus der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen und gehörten somit nicht etwa einer besonderen Risikogruppe an.

Bei den **Drogenunfällen** blieben die Zahlen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. 120 Unfälle wurden registriert (Vorjahr: 117) bei denen 63 Verkehrsteilnehmer verunglückten (Vorjahr: 60).

Laut **Innensenator Michael Neumann** sieht die Behörde für Inneres und Sport den Schwerpunkt ihrer Aufgabe weiterhin darin, im Rahmen der Unfallprävention Beratung und Hilfe vor allem für schwächere Verkehrsteilnehmer zu leisten, gleichzeitig aber durch eine gezielte Verkehrsüberwachung all denjenigen Grenzen aufzuzeigen, die durch ihr Verhalten nicht nur sich, sondern auch andere Verkehrsteilnehmer gefährden. Die positive Resonanz, die es anlässlich des „Blitzermarathons“ im vergangenen Jahr gegeben hat, sieht der Innensenator als Indiz dafür, dass die Toleranz in der Stadt gegenüber rücksichtslosem Verhalten im Straßenverkehr sinkt. Die Hamburger Polizei wird sich auch 2014 am „Blitzermarathon“ beteiligen, vor allem aber kontinuierlich und täglich zur Verhinderung von Unfällen den Straßenverkehr überwachen.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Anlage:

<u>Freie und Hansestadt Hamburg</u>	2013	2012	+ / -	Differenz in %
<u>Verkehrsunfälle gesamt</u>	64.995	65.727	- 732	-1,1
<u>Verunglückte im Straßenverkehr</u>	9.474	9.925	- 451	-4,5
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	8.642	9.105	- 463	-5,1
<u>Schwerverletzte</u>	806	787	19	2,4
<u>Getötete</u>	26	33	-7	
<u>Verkehrsunfälle mit Kindern</u>	599	607	-8	-1,3
<u>Verunglückte Kinder</u>	697	808	- 111	-13,7
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	638	723	-85	-11,8
<u>Schwerverletzte</u>	59	85	-26	-30,6
<u>Getötete</u>	0	0	0	
<u>Verkehrsunfälle mit Jungen Erwachsenen</u>	11.249	11.581	- 332	-2,9
<u>Verunglückte Junge Erwachsene</u>	1.300	1.404	- 104	-7,4
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	1.195	1.312	- 117	-8,9
<u>Schwerverletzte</u>	103	90	13	14,4
<u>Getötete</u>	2	2	0	
<u>Verkehrsunfälle mit Senioren</u>	11.078	10.953	125	1,1

<u>Verunglückte Senioren</u>	996	884	112	12,7
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	857	753	104	13,8
<u>Schwerverletzte</u>	129	118	11	9,3
<u>Getötete</u>	10	13	-3	
<u>Verkehrsunfälle mit Fußgängern</u>	1.406	1.428	-22	-1,5
<u>Verunglückte Fußgänger</u>	1.059	1.128	-69	-6,1
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	828	895	-67	-7,5
<u>Schwerverletzte</u>	218	215	3	1,4
<u>Getötete</u>	13	18	-5	
<u>Verkehrsunfälle mit Radfahrern</u>	3.014	3.024	-10	-0,3
<u>Verunglückte Radfahrer</u>	2.212	2.204	8	0,4
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	1.991	2.000	-9	-0,5
<u>Schwerverletzte</u>	219	200	19	9,5
<u>Getötete</u>	2	4	-2	
<u>Verkehrsunfälle mit motorisierten Zweirädern (alle)</u>	1.401	1.461	-60	-4,1
<u>Verunglückte motorisierte Zweiradfahrer</u>	765	799	-34	-4,3
<u>Darunter:</u>				
<u>Leichtverletzte</u>	624	645	-21	-3,3
<u>Schwerverletzte</u>	133	151	-18	-11,9
<u>Getötete</u>	8	3	5	

3. April 2014 / bis03

Bezirksversammlungswahl am 25. Mai 2014

Kandidatinnen und Kandidaten stehen fest

Muster-Stimmzettel sind ab sofort im Internet einsehbar

Die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich am 25. Mai 2014 zur Wahl in die Bezirksversammlungen stellen, stehen fest. Mit der abschließenden Feststellung der Bezirkswahlausschüsse über die Wahlvorschläge kann die Stimmzettelproduktion beginnen.

Alle Wahlberechtigten erhalten zusammen mit ihrer Wahlbenachrichtigung ein Muster-Stimmzettelheft. In dem Heft finden sie als Muster die Stimmzettel, die sie am Wahltag in ihrem Wahllokal erhalten. Damit können sie sich bereits vor der Wahl mit den Stimmzetteln und den Kandidatinnen und Kandidaten sowie den Parteien und Wählervereinigungen vertraut machen. Die Benachrichtigungen werden ab dem 14. April 2014 per Post zugesendet und müssen spätestens am 3. Mai 2014 bei allen Wahlberechtigten eingegangen sein.

Damit alle Wahlberechtigten neben dem Bezirkslisten-Stimmzettel auch den Stimmzettel für ihren Wahlkreis erhalten, müssen 54 Varianten erstellt werden. Alle 54 Varianten der Muster-Stimmzettel können bereits ab dem 3. April 2014 im Internet unter www.hamburg.de/wahlen eingesehen werden.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Landeswahlamt, Oliver Rudolf, Tel. 040 – 42839-1732

31. März 2014/bsb31

Richtfest an der Berufsbildenden Schule Budapester Straße

**Am Standort entsteht zukünftige Berufsbildende Schule für Banken,
Versicherungs- und Rechtsbranche mit Wirtschaftsgymnasium**

Bereits eineinhalb Jahre nach dem Start der öffentlich-privaten Partnerschaft „Berufsbildende Schulen Hamburg“, in dem der Hamburger Senat die HEOS Berufsschulen GmbH mit dem Neubau, der Sanierung und der Bewirtschaftung von jetzt 18 berufsbildenden Schulen beauftragt hat, ist das Richtfest für einen Neubau am Standort Budapester Straße in St. Pauli ein weiterer Meilenstein des Schulbauprogramms des Hamburger Senats.



Der ca. 11.000 qm große Ergänzungsbau am Wirtschaftsgymnasium St. Pauli (H 16) wird Platz bieten für die geplante Fusion der Schule mit zwei weiteren berufsbildenden Schulen, der Staatlichen Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Weidenstieg (H 5) und der Staatlichen Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Kieler Straße (H 19). Hier werden, so sieht es der im November 2013 beschlossene Schulentwicklungsplan für die Hamburger berufsbildenden Schulen vor, die Fachkompetenzen in den Bereichen Banken, Versicherungen und der Rechtsbranche in einem neuen Berufsschulzentrum mit Wirtschaftsgymnasium zusammengeführt.

Attraktives und funktionales Schulgebäude für Führungskräftenachwuchs

Senator Ties Rabe: „Heute ist ein guter Tag für den Wirtschafts- und Ausbildungsstandort Hamburg. Hier entsteht ein attraktives und gleichzeitig funktionales Schulgebäude, in dem der Hamburger Fachkräftenachwuchs von Banken, Versicherungen, Justiz, Notariaten und Rechtsanwaltskanzleien ein zukunftsfähiges und leistungsstarkes Berufsschulzentrum erhält. Diese Schule ist gleichermaßen

ein starkes Signal der Schulpolitik dieses Senats. Bis zum Jahr 2027 wird der Hamburger Senat mehr als 700 Millionen Euro in die Erneuerung der Berufsschulen investieren, davon allein bis 2017 rund 375 Millionen im Rahmen der HIBB-Tranche, zu der dieser Ergänzungsbau in der Budapester Straße gehört. Damit erzielen wir nicht nur deutliche Verbesserungen in der Bausubstanz und Bewirtschaftung der Schulgebäude, sondern wir schaffen die räumlichen und pädagogischen Voraussetzungen für gute Schule.“

Informationen zum Schulgebäude

Auf einem 19.100 qm großen Grundstück entsteht nach Abbruch des alten Erweiterungstraktes am Hauptgebäude ein neuer fünfgeschossiger Gebäudeflügel mit knapp 11.000 qm Nutzfläche. Die Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler erhalten neue technisch modern ausgestattete Lernräume, offene Lernlandschaften und Gruppenarbeitsräume, die verbesserte Möglichkeiten für individualisierte Lernkonzepte bieten. Eine Mediathek im Verbund mit einer Kantine und offenen Veranstaltungsflächen wird die Qualität der schulischen Arbeit weiter erhöhen und ein wichtiges Angebot für den Ganztagsbetrieb und die Schülerinnen und Schüler sein. Das bestehende Gebäude des Wirtschaftsgymnasiums St. Pauli wird saniert und teilweise entsprechend der geänderten Nutzungsanforderungen umgebaut.

Zukünftig 120 Vollzeitlehrkräfte und rund 2.900 Schülerinnen und Schüler

Insgesamt werden am Standort zukünftig ca. 120 Vollzeitlehrkräfte und rund 2.900 Schülerinnen und Schüler – davon ca. 600 Vollzeitschüler im Beruflichen Gymnasium und ca. 2.250 Berufsschüler – tätig sein. Zusätzlich bietet die Schule Platz für Oberstufenklassen der Stadtteilschule am Hafen, mit der das Wirtschaftsgymnasium St. Pauli bereits jetzt eng kooperiert.

Zusammenführung der Berufsbildenden Schulen H5, H16 und H19

Am Standort sollten ursprünglich zunächst zwei Schulen, die H 5 und H 16 zusammengeführt werden. Als Konsequenz aus dem aktuellen Schulentwicklungsplan sowie mit deutlicher Zustimmung und Unterstützung der beteiligten Schulen, wurde und wird die zusätzliche Einbindung der H 19 gestaltet. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass das Gesamtsystem der berufsbildenden Schulen wie auch jede einzelne Schule zukunftsfähig aufgestellt wird, Fachkompetenzen aus der Finanz-, Versicherungs- und Rechtsbranche sinnvoll am Standort gebündelt werden und die fusionierenden Schulen ihre Stärken in die neue Schule einbringen. Die zusätzlich benötigte Nettogeschossfläche von 2.500 qm setzte HEOS durch eine kurzfristige Neuplanung des Baus mit einer weiteren Geschossfläche um. Die flexible und optimale Zusammenarbeit von HEOS, den Architekten und dem Hamburger Institut für Berufliche Bildung ermöglichte es, dass die Bauzeit trotz zeitintensiver Genehmigungsverfahren um nur sechs Monate verlängert werden musste. Die Fertigstellung des Ergänzungsbaus ist für Anfang 2015, die des gesamten Projekts für Anfang 2016 geplant.

Investitionsvolumen: 29,3 Millionen Euro

Generalunternehmer für die Bauausführung ist eine Arbeitsgemeinschaft aus Ed. Züblin AG und Otto Wulff Bauunternehmung GmbH. Auftraggeber sind der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) und das Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB). Das Architektenbüro

Schröder Architekten GmbH wurde mit der architektonisch und städtebaulich stimmigen Einbindung des Ergänzungsbaus im Stadtteil beauftragt. Das Investitionsvolumen des Projekts beträgt insgesamt 29,3 Millionen Euro.

HIBB-Tranche ist wichtige Voraussetzung für Schulentwicklungsplanung

Die Freie und Hansestadt Hamburg hatte die HEOS Berufsschulen Hamburg GmbH, eine Projektgesellschaft des Hamburger Bauunternehmens Otto Wulff und der STRABAG Real Estate GmbH, mit der Sanierung, dem Neubau und der Bewirtschaftung von mehreren berufsbildenden Schulen an acht Standorten beauftragt. Die Vertragsunterzeichnung dieser öffentlich-privaten Partnerschaft erfolgte zwischen Schulbau Hamburg (SBH) und HEOS am 30. August 2012. Zu den Aufgaben der HEOS GmbH gehören seit dem 1. September 2012 die Grundsanie rung inklusive energetischer Sanierungsmaßnahmen sowie die Durchführung vorgegebener Ersatz- und Erweiterungsbaumaßnahmen an den teilnehmenden Schulen.

Mit der Beauftragung der HEOS GmbH sollte einem erhöhten Sanierungsbedarfs der Beruflichen Schulen, provisorischen Interimsunterbringungen von Schulen, veränderten beruflichen Bildungsgängen und sich verändernden pädagogischen Anforderungen begegnet werden. Nach Abschluss aller Baumaßnahmen in 2017 werden die Schulgebäude über ca. 80.000 qm modernisierte und ca. 93.000 qm neu errichtete Bruttogeschossfläche verfügen. Die durch die so genannte HIBB-Tranche geschaffenen räumlichen und pädagogischen Bedingungen sind eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des im November 2013 beschlossenen Schulentwicklungsplans der Hamburger berufsbildenden Schulen.

Anlage: Daten und Fakten

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)

Dr. Angela Homfeld, Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (040) 4 28 63 – 2842

E-Mail: angela.homfeld@hibb.hamburg.de

Internet: www.hibb.hamburg.de

Finanzbehörde / SBH | Schulbau Hamburg

Daniel Stricker, Pressesprecher

Tel. (040) 428 23 - 1662

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Internet: <http://www.hamburg.de/schulbau>

31. März 2014/bsb31-anlage



Daten und Fakten

Auftraggeber:	Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)
Auftragnehmer:	HEOS GmbH & Co. KG (Otto Wulff Bauunternehmung GmbH / Strabag Real Estate GmbH)
Generalübernehmer:	Otto Wulff GmbH, Ed. Züblin AG
Facility Management:	Strabag PFS GmbH, FMHH Facility Manager Hamburg GmbH
Architektur:	Schröder Architekten GmbH
Nutzer:	Berufsbildende Schule am Standort Budapester Straße (nach Fusion der Staatlichen Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Weidenstieg H 05, Staatlichen Handelsschule mit Wirtschafts-gymnasium Kieler Straße H 19, Wirtschaftsgymnasium St. Pauli H 16)
Schülerzahl:	ca. 2.900 (Summe), davon u.a. ca. 600 Vollzeitschüler/innen Berufliches Gymnasium und ca. 2.250 Berufsschüler/innen in dualer Ausbildung
Investitionsvolumen:	29,3 Mio. Euro
Grundstückgröße:	ca. 19.100 m ²
Nutzfläche:	Gesamt ca. 18.500 m ² davon Neubau ca. 11.000 m ² davon Sporthalle ca. 1.700 m ² davon Sanierung ca. 5.700 m ²

Geschosszahl: 1-5
Stellplätze: 70 St.; Fahrradstellplätze: 343 St.

Terminplan:

Vertragsbeginn ÖPP Berufliche Schulen Hamburg:	31.08.2012
Projektstart:	07.01.2013
Fertigstellung Abbrucharbeiten:	07.03.2013
Baubeginn Neubau Ersatzbau:	26.02.2013
Fertigstellung Neubau Ersatzbau:	08.02.2015
Fertigstellung Sanierung Klassentrakt:	05.02.2015
Fertigstellung Sanierung Sporthalle:	06.01.2016
Projektfertigstellung:	26.02.1016

2. April 2014/bsb02a

Schulbehörde bittet Schulkonferenzen aller Gymnasien um ein Meinungsbild zu G9

Betroffene Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleitungen sollen befragt werden – Auch Allgemeinheit kann Schulbehörde Rückmeldung geben – Transparente Auswertung sichergestellt

Schulsenator Ties Rabe hat die angekündigte Befragung der Schulkonferenzen aller 60 staatlichen Hamburger Gymnasien zu einer möglichen Schulzeitverlängerung (G9) gestartet. Ab heute bittet er die Schulkonferenzen um ein grundsätzliches Meinungsbild zur Rückkehr zum neunjährigen Abitur. Ties Rabe: "Wir wollen und können in dieser schwierigen Frage keine Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg treffen. G9 an allen Gymnasien hätte weitreichende Auswirkungen auf alle Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte. Politik ist gut beraten, die Betroffenen vorher anzuhören. Daher holen wir jetzt ein ehrliches Meinungsbild von allen Schulkonferenzen der Gymnasien ein, werden dabei auf jegliche Einflussnahme verzichten und auch keine eigene Stellungnahme an die Schulkonferenzen abgeben. Über die Ergebnisse dieses Meinungsbildes wird die Öffentlichkeit informiert. Darüber hinaus lade ich alle Bürgerinnen und Bürger, Gremien, Vereine und Verbände ein, sich zu beteiligen. Für ihre Anregungen und Meinungen wurde unter g8g9@bsb.hamburg.de ein eigenes Email-Postfach geschaffen. Eingehende Mails werden im Amt für Bildung registriert und dort transparent ausgewertet."

Die Schulkonferenzen sind das demokratisch gewählte höchste Beratungs- und Beschlussgremium der Gymnasien. Sie haben je nach Größe der Schule 14 oder 17 Mitglieder: je 4 oder 5 Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter, die Schulleitung und eine Vertretung des nichtpädagogischen Personals. Rabe: "Wir möchten ein ehrliches Meinungsbild aus jedem Gymnasium. Die Schulkonferenz ist das wichtigste Gremium jeder Schule und setzt sich zu gleichen Teilen aus den demokratisch gewählten Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern zusammen, wobei Eltern und Schüler immer über eine deutliche Mehrheit verfügen. Schüler, Eltern und Lehrer sind diejenigen, die sich am besten mit G8 und G9 auskennen. Es kann nicht sein, dass das Hamburger Schulsystem neu organisiert werden soll, ohne die Betroffenen zu fragen. Ein entsprechendes Meinungsbild soll uns ein klares Bild geben, wie die Betroffenen eine Rückkehr zu G9 bewerten. Mit unserem Vorgehen greifen wir auch die Vorschläge von CDU und Grünen zur Beteiligung der Schulkonferenzen der Gymnasien auf."

Der Schulsenator bittet deshalb die Schulkonferenzvertreter um ein ehrliches Meinungsbild zu der Grundsatzfrage „**Soll an Hamburgs Gymnasien wieder das G 9-Abitur eingeführt werden?**“ Ties Rabe: „Es macht wenig Sinn, die zahlreichen widersprüchlichen Modelle zu diskutieren. Zunächst einmal muss grundsätzlich entschieden werden, ob das neunjährige Abitur G9 an Hamburgs Gymnasien überhaupt wieder eingeführt werden soll. Um ein ehrliches Meinungsbild zu erhalten, soll diese Grundsatzfrage sorgfältig diskutiert und in geheimer Wahl klar mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden. Weil die Frage von großer Bedeutung ist, bitte ich alle Schüler-, Eltern- und Lehrervertreter

der Schulkonferenz, die Frage zuvor auch im Elternrat, im Schülerrat und in der Lehrerkonferenz zu diskutieren und eine breite Beteiligung von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und schulischem Personal sicherzustellen.“

Auf einem Rückmeldebogen sollen das Abstimmungsergebnis und ggf. zusätzliche Anregungen, Fragen oder Kritik der Schulkonferenz festgehalten und bis zum 23. Mai 2014 an die Schulbehörde übermittelt werden. Dort wird eine transparente Auswertung sichergestellt.

Darüber hinaus lädt der Schulsenator alle weiteren Interessierten und Beteiligten ein, sich mit Stellungnahmen zu melden. Rabe: "Alle schulischen Gremien, Organisationen, Elternräte an Grundschulen und Stadtteilschulen, aber auch Einzelpersonen – z.B. Eltern von Kindern im Kita- und Grundschulalter - sollen sich mit Hinweisen, Anregungen und Voten bei uns zu Wort melden können. Ein breites Beteiligungsverfahren ersetzt nicht die Volksgesetzgebung – es dient aber der Meinungsbildung in der Politik." Für die Rückmeldungen der Allgemeinheit wurde eine besondere Mailadresse eingerichtet. Alle interessierten Hamburger sind eingeladen, Beiträge zur Diskussion um das verlängerte Abitur bis zum 23. Mai 2014 an g8g9@bsb.hamburg.de zu mailen. Eingehende Mails werden im Amt für Bildung registriert und dort transparent ausgewertet.

Senator Rabe: „Niemand kann voraussagen, wie sich die Schulkonferenzen entscheiden werden. Jetzt startet ein bis zu 8-wöchiger intensiver Prozess der Meinungsbildung an den Gymnasien, an dessen Ende eine geheime Abstimmung und eine transparente Auswertung stehen. Ich bin gespannt auf die Rückmeldungen von Schülern, Eltern und Lehrern, aber auch der Allgemeinheit!“

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb



31.03.2014/bsu31

Elbfisch-Falle wird beseitigt

Die Stiftung Lebensraum Elbe entfernt Steinbarriere am Wrauster Bogen

Der Priel im Deichvorland des Wrauster Bogens zwischen Hamburg und Geesthacht bietet vielen Fischarten wichtigen Ruheraum, Nahrungs- und Laichplatz. Und grosse Gefahren, denn bei Niedrigwasser ist ihr Rückweg in die Elbe abgeschnitten. Fällt der Priel trocken, wird er zur tödlichen Falle.

Die Stiftung Lebensraum Elbe (SLE) hat sich zum Ziel gesetzt, den ökologischen Zustand der Tideelbe mit vielfältigen Maßnahmen zu verbessern. Daher wird am Mittwoch, dem 2. April 2014 die Steinbarriere vor dem Priel von einem Ponton-Bagger abgetragen (geplanter Beginn: 9:00 Uhr). Fische und Neunaugen können künftig auch bei Niedrigwasser wieder in die Elbe zurückschwimmen.

Der Wrauster Bogen liegt im Herzen der Hamburger Unterelbe und gehört zum europäischen Naturschutzgebiets-Netz Natura 2000. 1991 wurde an dieser Stelle der Deich in das Landesinnere verlegt: es entstand ein Deichvorland, das für die Anlage eines Priels genutzt wurde. Die damals neu geschaffene Flachwasserzone diente als Lebensraum für aquatische Organismen (Fische, Neunaugen und Organismen, die am Gewässerboden leben). Inzwischen ist der Priel aber verlandet. Durch das Abtragen der Steinbarriere wird er wieder direkt an die Elbe angeschlossen.

Die SLE setzt die Maßnahme am Wrauster Bogen in Abstimmung mit der Hamburg Port Authority, der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie dem Bezirksamt Hamburg-Bergedorf um.

Fotos unter: www.hamburg.de/bsu/presse/

Bildtexte: Die derzeitige Steinbarriere am Priel im Deichvorland des Wrauster Bogens.

Die 2010 gegründete Stiftung Lebensraum Elbe soll zur Verbesserung des ökologischen Zustands der 148 Kilometer langen Tideelbe beitragen. Dafür erhält sie jährlich vier Prozent des Hamburger Hafengeldes. Die Stiftung führt selbst Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung durch, fördert aber auch Maßnahmen anderer Projektträger.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-428.40-32 49, volker.dumann@bsu.hamburg.de.

Stiftung Lebensraum Elbe, Dr. Elisabeth Klocke, 040-428.40-2110, elisabeth.klocke@stiftunglebensraumelbe.de

2. April 2014/bsu02

Budni-Baum in Wandsbek

Erfolgsgeschichte „Mein Baum - Meine Stadt“ geht mit Hamburger Unternehmen weiter

Auch 2014 soll die Erfolgsgeschichte von Hamburgs Baumpflanzaktion „Mein Baum - Meine Stadt“ weitergeschrieben werden. Wieder ist es Ziel, dass auch Hamburger Unternehmen die Pflanzung von Straßenbäumen mitfinanzieren. Den ersten Baum des Jahres pflanzt erneut Budnikowsky. Das Unternehmen hatte bereits 2013 durch eine Großspende 19 Bäume in die Erde gebracht. Heute pflanzten Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Budnikowsky-Geschäftsführer Cord Wöhlke und Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff im Beisein eines kleinen Baumpaten eine Kaiserlinde in Wandsbek. Weiterer Partner der Aktion ist die Loki Schmidt-Stiftung.

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Erst die Bürger, jetzt die Unternehmen - wir haben mit der Spendenaktion „Mein Baum - Meine Stadt“ einen Nerv getroffen. Insgesamt sind seit Beginn der Kampagne mehr als 3.500 Bäume in allen sieben Bezirken gepflanzt worden, auch in Gegenden, wo Spendengelder nicht so üppig flossen. Seit dem letzten Jahr haben vermehrt auch Unternehmen gespendet, und wir hoffen, dass das auch 2014 so weiter geht.“

Geschäftsführer Budnikowsky, Cord Wöhlke: „Bäume bedeuten für mich Leben und Zukunft. Wir haben schon vor zehn Jahren damit begonnen, Bäume in Hamburg zu pflanzen. Zuletzt vor zwei Jahren 1.000 Bäume für 1.000 Kinder im Duvenstedter Brook. Nachhaltigkeit und Umweltschutz gehören zum Selbstverständnis unseres Unternehmens. Darum haben wir uns auch als Sponsor an den Aktivitäten der ‚Umwelthauptstadt‘ vor zwei Jahren stark beteiligt. Auch das Projekt ‚Mein Baum - meine Stadt‘ hat uns spontan überzeugt, da der Baumbestand an den Straßen rückläufig ist. Dieser Baum heute wird sicher auch nicht der letzte von uns gepflanzte Baum sein.“

Budnikowsky hatte sich im letzten Jahr mit 10.000 Euro an „Mein Baum - meine Stadt“ beteiligt. Als erster Baum war im April 2013 eine Vogelkirsche an der Hölderlinsallee in die Erde gekommen. Mit der Kaiserlinde heute hat das Unternehmen insgesamt 20 Straßenbäume in der näheren Umgebung seiner Filialen gepflanzt. Der neue Baum hat einen 18 Monate jungen Paten, der von Budni per Los ausgewählt worden ist.

„Mein Baum - Meine Stadt“ funktioniert so: Unter www.meinbaum-meinestadt.de sind sämtliche freien Standorte für Bäume an Hamburgs Straßen aus dem städtischen Baumkataster einsehbar. Dort können sich Bürger oder Unternehmen ihre Wunsch-Standorte aussuchen und für diese speziellen Bäume spenden. Sobald 500 Euro für einen Standort zusammen gekommen sind, garantiert die Stadt die Pflanzung und legt die noch fehlenden 500 Euro dazu. In diesen insgesamt

durchschnittlich tausend Euro Kosten pro Baum sind dann auch die Untersuchung des Pflanzstandortes auf Kampfmittel, das Einpflanzen selbst und eine dreijährige Pflege enthalten.

auf einen Blick:

Spendenhöhe	keine Begrenzung, weder nach unten noch nach oben
Spendenkonto	Hamburger Sparkasse, Konto: 1002 120 747, BLZ: 200 505 50
Empfänger	Mein Baum - Meine Stadt
Verwendungszweck	die Baumkennzahl aus dem Internet angeben
Spendenbescheinigung	stellt die Loki Schmidt Stiftung aus, bis 100 Euro reicht dafür der Kontoauszug. Telefon:040-243 443 oder baum@loki-schmidt-stiftung.de

Hintergrund

In jedem Jahr gehen rund 2% der fast 250.000 Straßenbäume in Hamburg verloren. Gründe können Krankheiten, Schädlinge mechanische Beschädigungen oder Baumaßnahmen sein. Die Bezirke melden diese potentiellen Pflanzstandorte an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Diese Standorte werden dann soweit wie möglich von der Stadt nachgepflanzt und bilden zugleich den pool der neuen Spenderbäume. Sie sind im Internet auf einer interaktiven Karte unter www.meinbaum-meinestadt.de abgelegt, wo Interessierte sich einen Baum auswählen können, für den sie spenden möchten. Beim Anklicken des Baumsymbols öffnet sich ein Steckbrief mit den Standortinformationen, der geplanten Baumart, dem Spendenstand und der Baumkennzahl. Wird diese auf dem Überweisungsträger vermerkt, kommt die Spende nur diesem Standort zugute. Wer Bäume spenden will, sollte sich an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, an die sieben Hamburger Bezirke oder an die Loki Schmidt-Stiftung wenden.

Rückfragen

Dr. Magnus-Sebastian Kutz
Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Tel. 040/42840-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

4. April 2014/bsu04

Wilhelmsburger Resolution zum EEG

Spitzentreffen der Energieministerien der norddeutschen Länder mit Gewerkschaften und Vertretern der Windenergiebranche

Am 3. April 2014 haben sich auf Einladung von Frau Senatorin Jutta Blankau die Energieministerien der norddeutschen Länder mit Vertretern der Gewerkschaften und der Windenergiebranche getroffen. Gemeinsam haben sie eine „Wilhelmsburger Resolution“ verabschiedet, die die politische Einigung zur Reform des EEG begrüßt und an die Europäische Kommission appelliert, zu einer industriepolitisch vertretbaren Lösung für energieintensive Unternehmen zu kommen, die auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt.

Senatorin Jutta Blankau: „Es freut mich, dass die norddeutschen Länder sich gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Windbranche für den Ausbau der Windenergie engagieren. Die gute Zusammenarbeit in Norddeutschland hat in den vergangenen Jahren die Energiewende voran gebracht. Deswegen werden wir uns weiter für eine nachhaltige Entwicklung des EEG einsetzen.“

Anwesend waren neben der Einladenden: Frau Staatssekretärin Kottwitz (Niedersachsen), Frau Staatsrätin Friderich (Freie Hansestadt Bremen), Frau Staatssekretärin Ulbrich (Mecklenburg-Vorpommern), Herr Staatsrat Lange (Hamburg), Herr Witting (Energieministerium Mecklenburg-Vorpommern), Herr Grützner (MELUR Schleswig-Holstein) sowie Herr Polkaehn (Vorsitzender DGB Nord), Herr Becker (Landesbezirksleitung IG BCE) und Herr Messerschmidt (Bezirk IG Metall Küste), Herr Rispens (Cluster Erneuerbare Energien) und Herr Kuhbier (Offshore-Stiftung).

Schwerpunkte der Konferenz waren

- der Beschluss der Sonder-MPK vom 1. April 2014 zur grundlegenden Reform des EEG
- die Situation der energieintensiven Unternehmen und
- das weitere Vorgehen

Folgende Resolution über den zu erwartenden Beschluss der Bundesregierung zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einstimmig verabschiedet:

Resolution zur politischen Einigung zum EEG-Entwurf

Für die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer bleibt der stetige Ausbau der Windenergie an Land und in Nord- und Ostsee zentraler und unverzichtbarer Baustein der Energiewende. Im Rahmen des

anstehenden Gesetzgebungsverfahren besteht nach wie vor Erörterungsbedarf zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf. In die Erörterungen sollten auch die Vertreter der Windkraftbranche sowie ihre Arbeitnehmervertreter einbezogen werden, um sicherzustellen, dass die in der Praxis bestehenden Probleme und Erfahrungen wahrgenommen werden.

Die Windenergie hat in Norddeutschland in der On- und Offshore-Branche zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen und damit zur Sicherung der Beschäftigungssituation beigetragen. Wind an Land stellt die kostengünstigste Form der Stromerzeugung dar. Offshore-Windenergie kann einen großen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Von Produktionsstätten und Unternehmenszentralen bis zu Hafen- und Schifffahrtseinrichtungen reicht die Wertschöpfungskette dabei weit über Norddeutschland hinaus.

Politische Einigung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen die politische Einigung auf der Sonder-MPK am 1. April 2014. Sie sehen darin eine tragfähige Grundlage für die weiteren Beratungen des Gesetzentwurfes.

Neben der Einigung über einen Ausbaupuffer im Offshorebereich und Anpassungen im Referenzertragsmodell im Onshore-Bereich bleibt die wichtige Frage der Stichtagsregelung offen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bitten den Deutschen Bundestag im weiteren Gesetzgebungsverfahren dem Vertrauensschutz für Anlagen ausreichend Rechnung zu tragen.

Bei der Frage der Ausschreibungsmodelle begrüßen sie die Beschränkung auf Pilotvorhaben im PV-Bereich, die dann unter Beteiligung der Länder ausgewertet und deren Ergebnisse evaluiert werden, bevor eine Übertragung auf andere Erneuerbare-Energiebereiche erfolgt.

Im Fall einer generellen Umstellung auf Ausschreibungsmodelle müssten diese so ausgestaltet werden, dass Bürgerenergieanlagen davon nicht beeinträchtigt werden und die Akzeptanz für die Energiewende im ländlichen Raum nicht gefährdet wird.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weisen darauf hin, dass im Bereich der Offshore-Windenergie die langen Projektvorlaufzeiten von über 5 Jahren zu berücksichtigen sind. Auch deshalb sind weitere technologiespezifische Pilotprojekte zwingend erforderlich.

Situation der energieintensiven Unternehmen

Die politische Einigung bezieht sich bislang nicht auf die besondere Ausgleichsregelung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Besondere Ausgleichsregelung europarechtskonform so weiter zu entwickeln, dass zum einen das Volumen der Ausnahmen eingeschränkt wird, indem eine zielorientierte Konzentration auf stromintensive und im EU-weiten bzw. internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen erfolgt. So werden die Kosten der EEG-Umlage fair verteilt und die Belastungen für alle Unternehmen und auch für die privaten Verbraucher begrenzt.

Zum anderen sollte die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen gewährleistet bleiben, auch um die damit verbundene Beschäftigung nicht zu gefährden. Sie unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, mit der Europäischen Kommission zu einer Einigung zu gelangen. Sie erkennen an, dass auch die europäische Kommission ein hohes Interesse am Erhalt

der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie hat. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer appellieren an die Europäische Kommission, zu einer industriepolitisch vertretbaren und nachvollziehbaren Lösung zu kommen, die auch die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt.

Rückfragen der Medien:

Dr. Magnus-Sebastian Kutz

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/42840-2051; pressestelle@bsu.hamburg.de

3. April 2014/bwf03

Amtseinführung der neuen HAW-Präsidentin Prof. Dr. Jacqueline Otten

Wissenschaftssenatorin Stapelfeldt: „International hervorragend vernetzte Hochschulexpertin an der Spitze der zweitgrößten Hochschule Hamburgs“

Prof. Dr. Jacqueline Otten ist seit dem 1. März 2014 neue Präsidentin der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg). Mit einer Festveranstaltung hat die HAW Hamburg die Präsidentin heute offiziell in ihrem neuen Amt willkommen geheißen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Die HAW Hamburg ist wegen ihrer besonderen Nähe zur gesellschaftlichen Praxis und zur Arbeitswelt dafür prädestiniert, ihre Stärken in neue Studienangebote und anwendungsbezogenen Forschungsaktivitäten einzubringen. Und niemand könnte für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen der HAW geeigneter sein als die hervorragend ausgewiesene Hochschulexpertin Prof. Jacqueline Otten. Ich freue mich daher außerordentlich, die Ankunft der neuen Präsidentin und zugleich die Rückkehr einer hochgeschätzten ehemaligen Professorin feiern zu können. Während ihrer Zeit an der HAW hat Frau Prof. Otten europaweit Standards in der Design-Studienausbildung gesetzt. Sie ist national und international bestens vernetzt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und wünsche der neuen Präsidentin allzeit eine glückliche Hand bei der Führung der zweitgrößten Hochschule Hamburgs.“

HAW-Präsidentin **Prof. Dr. Jacqueline Otten**: „Als neue Präsidentin der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg habe ich die ehrenvolle Aufgabe, diese breit aufgestellte Hochschule in die Zukunft zu führen. Mein Ziel ist es, dass die HAW noch stärker als eine bedeutende kulturelle und wissenschaftliche Institution innerhalb der Region aber auch überregional wahrgenommen wird. Das schaffe ich nur zusammen mit den Professorinnen und Professoren und Mitarbeitern der HAW Hamburg, wie auch mit der Hamburger Wissenschaftsbehörde. Erst so kann die längerfristige Existenz und Umsetzung des vereinbarten Entwicklungs- und Strukturplans gesichert werden. Ich freue mich deshalb auf die Zusammenarbeit mit dem Hamburger Senat und der Wissenschaftssenatorin.“

Weitere Redner auf der Festveranstaltung waren unter anderem **Dr. Thomas Flower**, Dekan der Fakultät Technik und Informatik, **Dr. Rainer Esser**, Geschäftsführer Zeitverlag Gerd Bucerius sowie **Prof. Dr. Eckart Kottkamp**, Vorsitzender des Hochschulrats der HAW Hamburg.

Hintergrund:

Prof. Dr. Jacqueline Otten ist seit dem 1. März 2014 neue Präsidentin der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Am 11. Juli 2013 bestätigte der Hochschulsenat ihre Wahl.

Sie war zuvor einstimmig vom Hochschulrat für die Amtszeit von sechs Jahren gewählt worden. Jacqueline Otten ist seit vielen Jahren erfolgreich im Hochschulmanagement tätig. Seit 2004 ist sie Direktorin vom Department Design und Mitglied der Leitung der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). An der HAW Hamburg war sie 1991 Lehrbeauftragte, ehe sie 1992 als damals jüngste Professorin Hamburgs eine Professur für Modedesign übernahm. In dieser Zeit initiierte sie unter anderem das erste CAD-Labor für Mode und Textildesign. Prof. Dr. Jacqueline Otten hat das Amt als Präsidentin der HAW Hamburg von Prof. Dr. Michael Stawicki übernommen, der dieses Amt seit 2004 ausübte und mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand ging.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

HAW Hamburg

Pressereferentin und -sprecherin

Dr. Katharina Jeorgakopulos

Tel: 040/428 75-9132

E-Mail: Katharina.Ceyp-Jeorgakopulos@haw-hamburg.de

31. März 2014/jb31

Justizvollzug Hamburg

23 Beamtenanwärterinnen – und anwärter treten am 1. April ihre Ausbildung an

Hamburg bildet wieder Justizvollzugsbeamte aus. Am 1. April beginnen 23 Anwärterinnen und Anwärter ihre zweijährige Ausbildung in den Justizvollzugsanstalten der Hansestadt.

„Wir haben in Hamburg einen guten und modernen Justizvollzug, dessen tragende Säule unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Es ist eine sehr anspruchsvolle aber auch vielseitige Aufgabe, tagtäglich mit Gefangenen zu arbeiten. Mit unserer zweijährigen Ausbildung legen wir dafür ein solides Fundament“, sagt Staatsrat Dr. Nikolas Hill.

Die Ausbildung von Nachwuchskräften im Justizvollzug war vom Vorgängersenat bis in das Jahr 2014 eingestellt worden. Justizsenatorin Jana Schiedek hatte die Ausbildung vor zwei Jahren wieder aufnehmen lassen.

Die 23 Anwärterinnen und Anwärter werden nun eine zweijährige Blockausbildung absolvieren. Die theoretischen Grundlagen werden in der Justizvollzugsschule der Behörde für Justiz und Gleichstellung gelegt. Auf dem Stundenplan stehen unter anderem Vollzugsrecht, Psychologie, Kriminal und Vollzugspädagogik, Waffen- und Schießlehre, Wirkungsweise von Drogen, Auffinden und Erkennen von Rauschgiften, Kriminal- und Vollzugspsychologie, Kommunikation, Sport und Selbstverteidigung.

Praktisch werden die Anwärterinnen und Anwärter in den sechs Hamburger Justizvollzugsanstalten ausgebildet. Dort sorgen sie für Sicherheit und Ordnung und kümmern sich um die Unterbringung, Beaufsichtigung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen. Ihre Arbeit zielt immer auch darauf, die Verurteilten zu befähigen, künftig ein Leben in sozialer Verantwortung und ohne Begehung von neuen Straftaten zu führen. Hierfür sind insbesondere ein wertschätzender Umgang und ein gutes Konfliktverhalten nötig. Die Anwärterinnen und Anwärter verfügen bereits über vielseitige berufliche Erfahrungen, meist im Handwerk.

Der Beruf ist entgegen landläufiger Meinung übrigens keine reine Männersache: Bereits 30% der Auszubildenden sind Frauen.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de



PRESSESTELLE DER VERWALTUNGSGERICHTE

Hamburgisches Oberverwaltungsgericht

Hamburg, den 3. April 2014/ger03a

Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht eröffnen den elektronischen Rechtsverkehr

Seit dem 1. April 2014 können bei dem Verwaltungsgericht Hamburg und bei dem Hamburgischen Oberverwaltungsgericht Klagen, Eilanträge und sonstige Schriftsätze auf elektronischem Wege eingereicht werden. Diese Möglichkeit ist zunächst auf Verfahren nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz beschränkt. Die Ausweitung auf weitere Rechtsgebiete soll voraussichtlich zum 1. Januar 2015 erfolgen. Damit beginnen die Verwaltungsgerichte in Hamburg schon frühzeitig, die gesetzlichen Vorgaben zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten umzusetzen. Danach soll die Justiz grundsätzlich ab 2018 bundesweit elektronisch erreichbar sein.

Zum Hintergrund: Am 16. Oktober 2013 ist das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten veröffentlicht worden (sog. eJustice-Gesetz, BGBl. 2013 Teil I S. 3786). Das Gesetz hat das Ziel, eine elektronische Kommunikation zwischen den Gerichten und den Verfahrensbeteiligten zu ermöglichen. Spätestens ab dem 1. Januar 2022 wird danach der elektronische Rechtsverkehr für die Kommunikation der Anwälte, Notare und anderer vertretungsberechtigter Personen sowie der Behörden mit den Gerichten obligatorisch sein. Alle anderen Verfahrensbeteiligten können den elektronischen Rechtsverkehr dann freiwillig nutzen. Grundsätzlich soll die Justiz ab 2018 bundesweit elektronisch erreichbar sein. Lediglich das Strafrecht und damit die Strafgerichte und Staatsanwaltschaften sind vom Gesetz bislang nicht erfasst worden. Hierfür wird ein separater Gesetzesentwurf erarbeitet.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Verwaltungsgerichte, Hamburgisches Oberverwaltungsgericht

Dr. Andreas Lambiris

Telefon: (040) 42843 – 7677

E-Mail: andreas.lambiris@ovg.justiz.hamburg.de

03. April 2014/kb03

Hamburger Kulturbehörde fördert zehn Projekte an Privattheatern mit 224.000 Euro

Unabhängige Jury hat über Projektförderung entschieden

Die Kulturbehörde unterstützt die Hamburger Privattheater pro Spielzeit mit 224.000 Euro für besondere Projekte. Eine unabhängige Jury hat jetzt über die Projektförderung der Privattheater für die Spielzeit 2014/2015 entschieden. Die dreiköpfige Jury, der Frauke Stroh (Kulturjournalistin), Dr. Josef Steinky (TheaterGemeinde Hamburg) und Martin Woestmeyer (Thalia Theater) angehörten, hat insgesamt 10 Projekte ausgewählt und für eine Förderung vorgeschlagen.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Privattheater sind ein wichtiger Bestandteil der Theaterlandschaft in Hamburg. Sie haben in Hamburg eine außergewöhnliche Tradition und sind eine notwendige und hervorragende Ergänzung des Angebots der Hamburger Staatstheater. Mit der Projektförderung kann das Angebot der Privattheater erweitert und Inszenierungen ermöglicht werden, die von den Bühnen ansonsten nicht finanzierbar wären.“

Neben der Projektförderung erhalten die Privattheater pro Spielzeit eine institutionelle Förderung in Höhe von insgesamt rund 7,6 Millionen Euro.

Folgende Projekte werden auf Vorschlag der Jury in der Spielzeit 2014/2015 gefördert:

- | | |
|--------------------------------|---------------------|
| 1. „Automaten“ | Lichthof Theater |
| 2. „Maskenball“ | Opernloft |
| 3. „Terrorprogramm“ | monsun theater |
| 4. „1984“ | Sprechwerk |
| 5. „Deportation Cast“ | Lichthof Theater |
| 6. „Du machst mich krank“ | politbüro |
| 7. „Der Mann in der Badewanne“ | Theater Kontraste |
| 8. „Kasper Hauser Meer“ | Theater Kontraste |
| 9. „Candida“ | English Theatre |
| 10. „The Canterville Ghost“ | Hoftheater Ottensen |

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de



PRESSEINFORMATION

Gemeinsames Bauen und Leben liegt in Hamburg im Trend Erstes Baugemeinschaftsquartier im Hamburger Süden

Wohngebiete im Hamburger Süden bieten noch Grundstückspotential für Baugemeinschaften, ein Format gemeinsam zu planen und zu bauen, dass sich in Hamburg wachsender Beliebtheit erfreut. Jetzt hat die IBA Hamburg GmbH im Wohngebiet Vogelkamp Neugraben mehrere Baugrundstücke exklusiv für Baugemeinschaften reserviert, um das erste Baugemeinschaftsquartier im Bezirk Harburg zu entwickeln. Bestehende Baugemeinschaften können sich ab 5. April um die Grundstücke bewerben. Im Rahmen der Architekturbörse, die die IBA Hamburg GmbH an zwei Wochenenden veranstaltet, können sich auch interessierte Einzelpersonen registrieren lassen, um neue Baugemeinschaften zu gründen oder Kontakt zu anderen Interessierten aufzunehmen. Frei nach dem Motto: Baufrau sucht Bauherr.

Hamburg, 3. April 2014/iba03 – Das Bauen in Baugemeinschaften wird nicht nur wegen der aktuellen Situation auf dem Hamburger Wohnungsmarkt stetig beliebter. Aktuell rücken die Wohngebiete südlich der Elbe in den Fokus, während sich Baugemeinschaften früher eher für die Stadtteile nördlich der Elbe interessierten. Bei der Entwicklung des Vogelkamps Neugraben, dem zweiten Bauabschnitt des Elbmosaiks, hat die IBA Hamburg GmbH attraktive Baugrundstücke für Mehrfamilienhäuser und Reihenhäuser exklusiv für Baugemeinschaften reserviert. An der Nordkante des Wohngebiets, direkt am EU-Vogelschutzgebiet gelegen, soll im Vogelkamp Neugraben das erste Baugemeinschaftsquartier südlich der Elbe entstehen. Gleich mehrere Baugemeinschaften können hier preisgünstige Baugrundstücke inkl. Architekturentwurf provisionsfrei von der IBA Hamburg GmbH erwerben. Die Übersicht aller Grundstücksgrößen und Preise für Baugemeinschaften wird ab dem 5. April erstmals im Rahmen der Architekturbörse vorgestellt und unter www.naturverbunden-wohnen.de veröffentlicht. Interessierte Einzelpersonen bzw. Familien haben die Chance sich direkt bei der Architekturbörse zu registrieren, um zu neuen Baugemeinschaften zusammenzufinden.

Neue Wohnformen erhalten immer mehr Zuspruch. In Hamburg verstärkt sich derzeit der Trend, dass sich Menschen in Baugemeinschaften zusammenschließen. Insgesamt gibt es in Hamburg über 100 aktive Baugemeinschaften, denn als Gemeinschaft zu bauen bietet viele Vorteile. Zunächst ist es in der Regel preiswerter durch Synergieeffekte und durch die Förderung der IFB Hamburg. Die persönliche Mitgestaltung des eigenen Wohnumfeldes ist ein weiterer wichtiger Grund gemeinschaftlich zu bauen. Der gemeinsame Weg von der Wohnidee, über einen Finanzierungsplan und die Realisierung bildet den Grundstein für eine stabile Nachbarschaft. Baugemeinschaften leben von einem aktiven Miteinander in oftmals generationenübergreifenden Wohnformen. Gerade für junge Familien mit Kindern ist dies eine Chance, sich zum einen den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen, und zum anderen in einer vertrauten Nachbarschaft mit Eltern, Geschwistern oder befreundeten Familien zu leben.

Geschäftsführer Uli Hellweg sagt: „Im Vogelkamp Neugraben können Baugemeinschaften sogar gebäudeübergreifend in Mehrfamilienhäusern und Reihenhäusern verwirklicht werden. Insbesondere

die Lage des neuen Baugemeinschaftsquartiers mit unverbautem Blick in das Vogelschutzgebiet überzeugt. Hier gilt: Durchatmen, Natur atmen.“

Vom 5. April bis 2. August 2014 haben alle Baugemeinschaften Zeit, sich auf die angebotenen Grundstücke für Mehrfamilienhäuser, Reihenhäuser oder beides zu bewerben. Das kleinste Reihnhaus im Vogelkamp Neugraben umfasst drei Wohneinheiten. Bedingung für den Grundstückskauf ist die Realisierung eines der im Rahmen der Architekturbörse erstellten, hochwertigen und kostengünstigen Architekturentwurfes. Diese wurden im engen Austausch mit der Agentur für Baugemeinschaften der Freien und Hansestadt Hamburg erarbeitet und von Architekturbüros entworfen, die auf Baugemeinschaften spezialisiert sind. Am Sonntag, 13. April beantwortet auf der Architekturbörse die Agentur für Baugemeinschaften Fragen zum Thema. Sie bietet umfassende Informationen und professionelle Beratung bei der Verwirklichung von Baugemeinschaften.

Architekturbörse zum Vogelkamp Neugraben

5./6. und 12./13. April 2014 von 10 bis 18 Uhr
IBA-Infopoint im bgz süderelbe
Am Johannisland 2, 21147 Hamburg
HVV: S-Bahn Neugraben

Ausgewählte Programmpunkte aus dem Rahmenprogramm der Architekturbörse

5. und 12. April: jeweils 13.15 und 15.15 Uhr Rundgang durch das Baugebiet
6. April: 13.15 Uhr Fahrradtour durch das Gebiet und Umgebung mit Thomas Völsch und Uli Hellweg
13. April: 10-18 Uhr Infostand der Agentur für Baugemeinschaften, 11 und 15 Uhr Vortrag der Agentur

Für Rückfragen und Bildmaterial wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH

Anke Hansing, Pressesprecherin, anke.hansing@iba-hamburg.de, Tel.: 040 / 226 227 330
Rahel-Katharina Hermann, rahel.hermann@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 203
oder an presse@iba-hamburg.de

Informationen zu den aktuellen Projekten der IBA Hamburg GmbH

www.iba-hamburg.de/2014.html
www.naturverbunden-wohnen.de

hpa03

Drittes Kreuzfahrterminal: Hamburg macht sich fit für die Zukunft

Erster großer Bauauftrag vergeben / Bau soll Ende Juli 2014 beginnen

Hamburg, 03. April 2014 – Der Bau des dritten Kreuzfahrterminals hat einen weiteren Meilenstein erreicht: Der erste große Auftrag, der Bau des Terminalgebäudes, ging an die Goldbeck West GmbH, Niederlassung Hamburg. Der Auftrag umfasst die Erstellung der Genehmigungsplanung des Terminalgebäudes sowie dessen schlüsselfertige Erstellung.

Der Bau des Terminalgebäudes startet voraussichtlich Ende Juli 2014, bis Ende des Jahres soll die Gebäudehülle geschlossen sein. Die Fertigstellung des Gebäudes, das aus zwei Teilen besteht, ist für Mai 2015 geplant. Auf ca. 10.600 m² Bruttogeschoßfläche werden die eingeschossigen Terminalgebäude künftig Platz für die Abfertigung von mehr als 8.000 Passagieren pro Anlauf bieten.

Die Abreise wird dabei im westlichen Gebäudeteil, die Anreise im östlichen Gebäudeteil erfolgen. Über den Verteilergang im ersten Geschoss, der sowohl per Treppe als auch barrierefrei per Aufzug und Rolltreppe erreichbar ist, gelangen die Passagiere über die sogenannte Passenger Boarding Bridge, die Passagierbrücke, an Bord des Kreuzfahrtschiffs. Bei den Abfertigungsprozessen profitiert das Terminal von der Expertise des Projektpartners Hamburger Flughafen. Bei der An- und Abreise mit einem modernen Kreuzfahrtschiff gilt es etwa 10.000 Koffer zu befördern. Würde man diese Anzahl aneinanderreihen, könnte man einmal die Alster umrunden.

„Wir freuen uns, mit der Vergabe des Auftrags einen weiteren Schritt zur Realisierung des neuen Terminals zu machen. Neben der guten Verkehrsanbindung ist ein großer Vorteil dieses Standorts die zur Verfügung stehende Kaikante. Hier können künftig moderne Kreuzfahrtschiffe mit einer Gesamtlänge von mehr als 330 m Länge abgefertigt werden. Damit machen wir den Kreuzfahrtstandort Hamburg fit für die Zukunft“, sagt Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Port Authority.

„Die Kreuzfahrt ist zu einem starken Wirtschaftszweig innerhalb des Hafens geworden und beflügelt den Tourismus in der Stadt. Hamburg hat bereits viel in den Kreuzfahrtstandort investiert. Nun folgt mit der Realisierung des dritten Kreuzfahrterminals am Kronprinzkai im mittleren Freihafen der nächste Schritt, um der Nachfrage der Reedereien nach leistungsstarken Terminalkapazitäten zu entsprechen. Von dieser guten Entwicklung profitiert die gesamte Hamburger Wirtschaft“, sagt Wirtschaftssenator Frank Horch.

Als nächste Schritte sind der Bau des Parkplatzes mit Kapazität für 1.500 Pkw sowie zusätzlichen Plätzen für Busse, Taxen und Lkw sowie der Bau der beiden Passagierbrücken geplant.

Fakten zum Terminalgebäude:

Größe:	ca. 10.600 m ² Bruttogeschoßfläche
Baubeginn:	Juli 2014
Geplante Fertigstellung:	Mai 2015
Inbetriebnahme:	Juni 2015

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezialisiertes, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle |

Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

Terminkalender

Vom 7. April bis 13. April 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 07.04.2014

- 10:00** Fähranleger Blankenese
Senator Frank Horch und Minister Reinhard Meyer stellen **99 Lieblingssorte am Wasser** vor-eine Ausflugs Kampagne der Metropolregion Hamburg vor.
- 10:30** Jüdischer Friedhof Altona, Königstraße 10 a
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Vorstellung eines wieder gefundenen Gedenksteines für Salomon Heine** teil.
- 12:00** Museum Mahmal St. Nikolai, Willy-Brandt-Str. 60
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht ein Grußwort anlässlich der Vorstellung des **Programms der 14. Langen Nacht der Museen am 12.04.2014**.
- 19:00** Hafenkлуб Hamburg, Landungsbrücken 3
Staatsrat Andreas Rieckhoff spricht anlässlich des Abendempfangs des **Besuches einer Delegation aus dem österreichischen Bundesland Vorarlberg**.

Dienstag, den 08.04.2014

- 12:00** Turmsaal, Rathaus
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks übergibt das **Bundesverdienstkreuz am Bande für Ehrenamtliches Engagement an Ingrid Heinsen**.
- 13:00** Hamburgische Münze, Bei der neuen Münze 19
Senator Dr. Peter Tschentscher und Peter Maffay nehmen die **Erstprägung der Silbermedaille TABALUGA UND DIE ZEICHEN DER ZEIT** vor.
- 17:30** Stadtteilschule am Hafen, Friedrichstr. 55
Staatsrat Jan Pörksen spricht anlässlich einer Informationsveranstaltung über die **„Junge Islam Konferenz – Hamburg“** ein Grußwort.
- 18:00** Hotel Atlantic, An der Alster 72-79
Staatsrat Dr. Egert spricht anlässlich der Verleihung des **Crystal Cabin Award** ein Grußwort.

Mittwoch, den 09.04.2014

- 10:00** CongressCentrum Hamburg
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnung der Deutschen Biotechnologietage 2014** ein Grußwort.
- 10:00** Hamburg Messe
Senator Frank Horch besucht die **Messe Aircraft Interiors Expo** und informiert sich bei verschiedenen Ausstellern.
- 11:00** Handelskammer, Hamburg, Adolphsplatz 1
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks überreicht den **Gesundheitspreis 2014 der Hamburger Wirtschaft**.

- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines Senatsempfangs anlässlich des **175-jährigen Bestehens des Vereins für Hamburgische Geschichte** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Hort-Michael Pelikahn nimmt teil.
- 11:00** Süllberg-Hotel, Süllbergterrasse 12
Staatsrat Michael Sachs nimmt an einer Podiumsdiskussion anlässlich der **19. IIR-Jahrestagung Immobilienstandort Hamburg zum Thema „Mehr Wohnraum, aber wie?“** teil.
- 12:30** Philips-Campus, Röntgenstraße 24
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Grundsteinlegung für den neuen Hauptsitz der Philips Deutschland GmbH** ein Grußwort.
- 19:00** Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrätin Elke Badde gibt einen Senatsempfang im Rahmen der **Deutschen Biotechnologie Tage**.
- 19:00** Berlin, Landesvertretung, Jägerstraße 1-3
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des **Klavierabends mit der italienischen Künstlerin Vanessa Benelli Mosell** (Young Steinway Artist, gefördert vom Keyboard Charitable Trust, London).
- 19:00** Festzelt am Chilehaus, Fischertwiete 2
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der Geburtstagsfeier zum **90-jährigen Bestehen des Chilehauses** ein Grußwort.

Donnerstag, den 10.04.2014

- 10:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des Senatsempfangs zum **50jährigen Bestehen des German Institute of Global and Area Studies (GIGA)** ein Grußwort.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nehmen teil.
- 11:00** Niedersächsische Landesvertretung beim Bund, In den Ministergärten 10, 10117 Berlin
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen an der **Innenministerkonferenz der SPD-regierten Bundesländer** teil.
- 12:00** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9-14
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des Starts der **Alsterfontäne** ein Grußwort und drückt den Startknopf.
- 12:30** Messegelände, 30521 Hannover
Staatsrat Holger Lange hält anlässlich der **Global Town Hall Conference** in Hannover einen Vortrag.
- 17:00** MedienContor, Mittelweg 157
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil am diesjährigen **Frühjahrstreff** im **MedienContor**.

Freitag, den 11.04.2014

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **921. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.

- 10:00** Spielbudenplatz, Spielbudenplatz 21/22
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Grundsteinlegung für das neue „Klubhaus St. Pauli“** teil.
- 13:30** BSU, Neuenfelder Straße 19, Konferenzzentrum.
Staatsrat Holger Lange spricht anlässlich der Veranstaltung **„Anpassung an den Klimawandel“** ein Grußwort.
- 16:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einbürgerungsfeier** ein Grußwort.
- 19:00** Berlin, Chinesisches Kulturzentrum Berlin, Klingelhöferstr. 21
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich der **Vernissage zur Ausstellung „Hohe Berge, fließendes Wasser – Metropolen der Zukunft“ über Architektur und Design der chinesischen Shan-Shui-Stadt** im Rahmen des Deutsch-Chinesischen Kulturfestivals 2014.

Samstag, den 12.04.2014

- 12:00** Langenhorner Markt
Frau Senatorin Jutta Blankau eröffnet den **Marktplatz Langenhorn**.

Sonntag, den 13.04.2014

- 11:00** Hochschule für Musik und Theater, Harvestehuder Weg 12
Senator Ties Rabe nimmt am **Preisträgerkonzert Jugend musiziert (Landeswettbewerb)** teil und ehrt die Preisträger.
- 15:00** O2 World Hamburg
Senator Michael Neumann besucht das **DHB-Pokal-Finale 2013/2014**.
- 19:00** Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz, Hamburg
Bürgermeister Olaf Scholz besucht die **Premierenvorstellung des Stücks „Sülverhochtiet“**.